

FDP-Fraktion im Kreistag Unna

Rede des Fraktionsvorsitzenden Michael Klostermann am 17.12.13 zum Haushalt 2014

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat Makiolla,

Herr Direktor Dr. Wilk,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute in genau zwei Wochen geht das Jahr 2013 zu Ende und einige von Ihnen werden möglicherweise am Silvestertag traditionell das Theaterstück „Dinner for One oder Der 90. Geburtstag“ im Fernsehen anschauen, um einen humorvollen Jahresabschluss zu haben.

Die Kernfrage in diesem Stück „Die gleiche Prozedur wie im letzten Jahr?“, die Butler James beim Servieren der einzelnen Menügänge an die 90-jährige Sophie richtet, wird ihrerseits immer mit der Aussage: „Die gleiche Prozedur wie jedes Jahr“ beantwortet.

Wenn ich unsere Haushaltsplanberatungen sehe, stelle ich fest, dass auch wir hier in Unna jedes Jahr ein Stück weit „Dinner for One“ haben.

Wir als Kreistag übernehmen gedanklich die Rolle der Sophie und lassen uns vom Kreiskämmerer die einzelnen Haushaltstets servieren, wie Sophie im Original die unterschiedlichen Menügänge.

Und auf die mögliche Frage des Kreiskämmerers „Die gleiche Prozedur wie im letzten Jahr?“ können wir getrost mit: „Die gleiche Prozedur wie in jedem Jahr“ antworten.

Denn es ist alles so wie immer:

Wir finden nach wie vor einen fremdgesteuerten Kreishaushalt vor.

Ein Erfolg oder ein Misserfolg bei unserer Haushaltsführung wird nicht mehr durch die politischen Entscheidungen im Kreistag beeinflusst sondern hängt ausschließlich von den Entwicklungen im Sozialhaushalt ab.

Verehrte Zuhörer,

wer das Bühnenstück kennt, weiß auch, dass neben Sophie auch immer noch ein paar Freunde an der Tafel anwesend sind.... Leider nur imaginär, weil real leider schon vor Jahren verstorben.

Auch bei unseren Haushaltsplanberatungen sitzen – zumindest gedanklich – immer noch weitere Parteien mit am Tisch.

Da sitzen einerseits mit unseren kreisangehörigen Städten und Gemeinden und dem Landschaftsverband unsere enge kommunale Familie und darüber hinaus mit der Landes- und Bundesregierung unsere „entfernten“ Verwandten mit an der Tafel.

Meine Damen und Herren,

ich überlasse es Ihrer Phantasie, welchem Teilnehmer der Runde Sie die Rolle des ewig nörgelnden Sir Toby geben, der immer noch einen zusätzlichen Schluck aus der Pulle haben will...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe soeben die Bundesregierung ganz bewusst als entfernte Verwandte bezeichnet.

Die Große Koalition in Berlin ist nunmehr geschmiedet und man hat sich wochenlang über die Realisierung von Wahlversprechen geeinigt, die dem Staat und damit den Bürgern jede Menge Geld kosten wird.

Keine belastbare Vereinbarung ist getroffen, um die finanzielle Situation der Kreise und Städte zu verbessern. Stattdessen steigt eher die Sorge, dass die teuren Wahlgeschenke weiterhin zu Lasten der strukturellen Unterfinanzierung der Gemeinden gehen werden.

Scheinbar sind die handelnden Personen in Berlin dermaßen weit von der Basis entfernt, dass sie jeglichen Bezug zu unseren Problemen vor Ort verloren haben.

Nach dem kurzen Exkurs komme ich nun wieder zum Kreishaushalt zurück.

Die Probleme unseres Kreishaushalts mit den enormen Belastungen aus den sozialen Transferaufwendungen – hier insbesondere die Kosten der Unterkunft, geben einen Ausblick auf unsere bescheidenden Steuerungsmöglichkeiten.

Nichtdestotrotz haben wir uns auch mit etwas Neuem zu beschäftigen.

Erstmals haben wir im Rahmen der Benehmensherstellung ein Memorandumpapier der Städte und Gemeinden vorliegen.

Sehr geehrter Herr Dr. Wilk,

Sie haben in der letzten Kreistagssitzung nicht nur die vom Landrat getroffene Aussage, es handele sich in dieser Sitzung um die Stunde des Kämmerers, hinsichtlich Ihrer Redezeit allzu wörtlich genommen sondern mit Ihrer Rede auch sprichwörtlich den Nagel auf den Kopf getroffen.

Ich hatte Ihnen bereits nach der Sitzung persönlich zu Ihrer gelungenen Rede gratuliert.

Es war mir eine Freude, Ihren Ausführungen zuzuhören.

Die Rede war zum einen sachlich und hatte auch die aus meiner Sicht notwendige Deutlichkeit in Richtung Städte und Gemeinden.

Sie haben erklärt, dass Ihnen eine vertrauensvolle Kommunikation in der kommunalen Familie wichtig ist, haben aber auch zu recht gefordert, dass die kreisangehörigen Kommunen dem Kreis mit der notwendigen Fairness entgegen treten.

Sowohl die politischen Kräfte im Kreistag als auch die Kreisverwaltung gehen verantwortlich mit den finanziellen Mitteln des Kreises um.

Jedwede Entscheidung, die finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt hat, wird im Rahmen des Rücksichtnahmegebots abgewogen.

Der Kreistag hat sich einstimmig per Beschluss eine Selbstverpflichtung auferlegt, zukünftig noch umsichtiger mit den finanziellen Mitteln umzugehen, indem für jede zusätzliche freiwillige Ausgabe ein entsprechender Deckungsvorschlag erarbeitet werden muss.

Da kann ich die Enttäuschung unseres Kämmerers über gegenteilige Äußerungen seitens der Städte und Gemeinden in Richtung Kreis nicht nur verstehen sondern ich bin auch der Meinung, dass wir alle aufgefordert sind, ihm dahingehend unterstützend zur Seite zu stehen.

Die Mitglieder des Kreistags dürfen sich meines Erachtens nicht reaktionslos vorwerfen lassen, sinnlos oder zumindest unbedacht und leichtfertig Geld auszugeben.

Wir alle sollten auch gegenüber unseren jeweiligen Fraktionen in den Städten und Gemeinden deutlich machen, wie schwer sich der Kreistag mit jeder Ausgabe tut, die die Kreisumlage erhöht.

Wir müssen scheinbar die Städte und Gemeinden aber auch daran erinnern, dass die Kreisangelegenheiten kein Selbstzweck sind.

Es ist an der Zeit, darauf hinzuweisen, dass der Kreis keine eigenen abstrakten Bürger hat. Es handelt sich immer um die Bürgerinnen und Bürger der kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Enttäuscht bin ich ebenfalls darüber, dass das Memorandumpapier als Ergebnis einer interkommunalen Zusammenarbeit in großen Teilen so haltlos und in einigen Punkten sogar rechtswidrig ist.

Ich gehöre zu den Personen, die – wie der Kreisdirektor in seiner Haushaltsrede ebenfalls festgestellt hat – den Bürgermeistern, den Kämmerern wie auch Großteilen der Ratsmitglieder in den Städten und Gemeinden grundsätzlich eine umfangreiche Sachkenntnis unterstellen.

Deshalb schließe ich mich unserem Kämmerer an, dem die Sorge umtreibt, dass gezielt Stimmung gegen den Kreis gemacht werden soll.

Auch wenn die Verwaltung eine sehr fundierte, aussagekräftige Stellungnahme zu den Einwendungen der Städte und Gemeinden vorgelegt hat, möchte ich noch zu einigen Punkten Stellung nehmen:

1. Die Forderung an den Kreis, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, verstößt gegen die Gemeindeordnung. Diese schreibt vor, dass Umlageverbände wie der Kreis Unna ihre Deckungslücke vollständig über die Kreisumlage decken müssen.

Da wir im Gegensatz zum Landschaftsverband auch über keinerlei nennenswerten Rücklagen verfügen, können wir über eine derartige Alternative ebenfalls keinen Ausgleich herbeiführen.

2. **Netto-Neuverschuldung**

Im Kreis Unna gibt es keine Netto-Neuverschuldung. Stattdessen ist die Verschuldung in den letzten Jahren erheblich abgebaut worden. Hier verweise ich auch noch einmal auf die Verwendung des Verkaufserlöses der RWE-Aktien, die wir zum großen Teil zur Schuldentilgung eingesetzt haben.

Die investiven Maßnahmen aus dem Schulsanierungskonzept sparen mittlerweile richtig Unterhaltungskosten, weil durch die energetische Sanierung erhebliche Heiz- und Nebenkosten eingespart werden.

Hier gibt es Jahr für Jahr eine erhebliche Entlastung des Haushalts und somit der Kreisumlage.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch noch auf den Umgang mit der Netto-Neuverschuldung in meiner Heimatstadt Bergkamen.

Dort wurde in der vergangenen Woche eine Netto-Neuverschuldung der Stadt beschlossen, weil ein Grundstück für einen geplanten Campingplatz gekauft werden soll. Ich finde es nicht konsequent, wenn der Stadtrat einerseits im Memorandum den Kreis auffordert, auf eine Netto-Neuverschuldung zu verzichten, andererseits aber selbst eine Netto-Neuverschuldung beschließt.

Nachrichtlich sei noch gesagt, dass die FDP-Fraktion vor Ort das Ganze so nicht mitgetragen hat.

Und

3. Standards der Aufgabenerfüllung in Verbindung mit dem Stellenplan

Der Kreis Unna hat in den vergangenen Jahren die unterschiedlichsten Konsolidierungsrunden gedreht, zuletzt im Jahr 2010 auf Anregung der FDP mit Hilfe eines externen Gutachters.

Dabei wurden rund 80 umlagefinanzierte Stellen eingespart und die Kreisumlage wird dauerhaft jährlich um rund 10 Mio. Euro entlastet.

Sicherlich muss auch weiterhin auf mögliche zusätzliche Einsparpotenziale geachtet werden aber die Politik steht auch im Wort und in der Verpflichtung, die Arbeitsverdichtung und damit die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises nicht bis auf das Äußerste zu treiben.

Meine Damen und Herren,

ich möchte zurückkommen auf den vorgelegten Haushalt für das kommende Jahr.

Ich denke es ist kein Geheimnis mehr, wenn ich sage, dass die FDP den vorgelegten Haushalt mittragen wird.

Wie schon in den vergangenen Jahren, in denen wir finanzielle Entlastungen des Kreishaushaltes unmittelbar und unverzüglich an die Städte und Gemeinden weitergeben haben, verhalten wir uns bei dem jetzt zu verabschiedenden Haushalt ebenso.

Die geringer ausgefallene Landschaftsverbandsumlage, die eine Entlastung von rund 1,3 Mio. bringt, wird zum größten Teil an die Städte und Gemeinden weitergereicht.

Dass der Kreis hiervon lediglich 250.000,-- Euro als Sicherheitsrücklage für die Unwägbarkeiten bei den Kosten der Unterkunft behält, ist keine Gier sondern ein Grundsatz einer verlässlichen und ehrlichen Haushaltsführung.

Sehr geehrte Zuhörer,

ich möchte Ihnen noch ein paar grundsätzliche Anmerkungen zu den Positionen der FDP-Fraktion geben:

Der Haushalt des Kreises und damit der Kreis Unna selbst kranken daran, dass einfach zu wenig Bürgerinnen und Bürger in guten Arbeitsverhältnissen stehen.

Hier muss seitens der Politik und der Verwaltung alles daran gesetzt werden, die Chancen für die Arbeitsvermittlung zu verbessern.

Der Kreistag hat hierzu auf Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls einstimmig ein Sofort-Programm beschlossen, das fortan mit Leben gefüllt werden muss.

Aus Sicht der Liberalen muss sich die Arbeit des Job-Centers derart verbessern, dass zunehmend die Erfolge in der Vermittlung von Arbeit entstehen und die Mitarbeiter nicht vorrangig mit der Verwaltung ihrer Kunden beschäftigt sind.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass jetzt mit externer Hilfe die Arbeitsstrukturen im Job-Center untersucht werden sollen.

Die FDP-Fraktion war kurzfristig in den Überlegungen, auch hierfür einen externen Gutachter zu beauftragen.

Wir haben uns jedoch davon überzeugen lassen, dass wir zunächst mit Hilfe eines Gutachters der BA versuchen sollten, die Arbeitsabläufe zu optimieren.

Hierbei sehen wir den Zeitaspekt als ausschlaggebendes Argument. Die Zusicherung der Verwaltung, dass bereits im 1. Quartal 2014 mit Vorschlägen zu rechnen ist, bewegt uns dazu, zunächst diesen Weg zu gehen.

Dennoch möchte ich für meine Fraktion deutlich machen, dass wir auch eine entsprechende Erwartungshaltung haben. Sollten sich die Ergebnisse nicht mit unseren Erwartungen decken, werden wir zu einem späteren Zeitpunkt die Überlegungen nach einer weiteren Begleitung erneut aufnehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte auch noch ein paar Anmerkungen zu den freiwilligen Leistungen des Kreises geben und hierbei insbesondere auf unseren Kulturbereich eingehen.

Der Kreiskämmerer hat es in seiner Rede deutlich gemacht.

In einem Spitzenmonat in diesem Jahr haben wir 7,7 Millionen Euro für die Kosten der Unterkunft ausgegeben.

Der gesamte jährliche Kulturetat beträgt lediglich etwas mehr als ein Drittel dieser Summe.

Sie sehen, dass es unmöglich ist, mit einer Streichung oder erheblichen Reduzierung des Kulturetats unseren Haushalt zu sanieren.

Wir Liberalen haben uns in der Vergangenheit immer zu den drei Ankerprojekten der Kulturpolitik bekannt.

Schloss Cappenberg, Opherdicke und die Philharmonie.

An diesem Bekenntnis halten wir auch weiterhin fest.

Ich mache aber für die FDP-Fraktion deutlich, dass wir die Verhandlungen über die weitere Vertragsgestaltung auf Schloss Cappenberg kritisch begleiten und einer Vertragsverlängerung nicht um jeden Preis zustimmen werden.

Letztlich wird der Kreistag entscheiden müssen, ob wir unter den sich ergebenden Bedingungen weiterhin an zwei Ausstellungstandorten festhalten können.

Maßgeblich wird diese Entscheidung sicherlich auch davon beeinflusst, ob der Kreis Unna den Zuschlag für die Sammlung Brabant erhält oder nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir haben in der nächsten Zeit einige große Projekte vor der Brust.

Ich bin sicher, dass wir diese gemeinsam meistern können.

Ich komme jetzt auf das zu Anfang meiner Rede genannte Theaterstück „Dinner for one“ zurück:

Als letzten Kommentar sagt Butler James, nachdem Sophie ihn ins Schlafzimmer eingeladen hat:

„Well, I’ll do my very best.“

Ich bin sicher, dass Sie alle - unabhängig von unterschiedlichen Meinungen, die sich in Sachfragen bilden können – ebenfalls Ihr Bestes für den Kreis Unna geben.

Zum Schluss möchte ich es nicht versäumen, mich bei Ihnen allen zu bedanken.

Danke an den Landrat, an den Kreisdirektor, an die Dezernenten und an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung für ihre engagierte und kooperative Arbeit.

Danke an die anderen Fraktionen und Gruppen für die interessanten, konstruktiven Gespräche und für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Danke an meine eigene Fraktion für die Unterstützung und engagierte Mitarbeit.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien und Freunden ein schönes Weihnachtsfest und für das Jahr 2014 nur das Beste.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit